

# „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“



## Rundbrief, November 2006

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Rahmen des Projekts „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ (2006/07) des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. hier der neue Rundbrief.

Inhalt	Seite
Projektinformationen / Vorstellung	1
17.11.2006: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen	2
Tagungsbericht: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung	3
Hintergrund / Diskussion	4
Veranstaltungshinweise	7
Literaturempfehlungen	8

### Projektinformationen / Vorstellung

Inhaltlicher Schwerpunkt des Eine Welt Netzwerks Bayern e.V. in den Jahren 2006 / 2007 ist das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“. Das Projekt besteht hauptsächlich aus bayernweiten Runden Tischen zu den Themenfeldern „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ und „Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“. Mit für den jeweiligen Themenkomplex relevanten Akteuren wird ein Dialog über Sozial- und Umweltstandards auf den Weg gebracht und dokumentiert. Die Runden Tische finden jeweils im Herbst 2006 und 2007 statt. Einen Tagungsbericht zum ersten „Runden Tisch Bayern: Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ finden Sie auf Seite 3 dieses Rundbriefs. Die zugehörige Tagungsdokumentation wird bis Ende 2006 erstellt. Das Programm zum „Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ am 17.11.2006 in München - zusammen mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie München – siehe nächste Seite. Es wird um Anmeldung bis 10. November 2006 gebeten. Möglichst online unter [www.eineweltnetzwerkbayern.de/csr](http://www.eineweltnetzwerkbayern.de/csr).

Das Projekt „Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“ wird gefördert von:  
InWEnt aus Mitteln des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung  
und von der Bayerischen Staatskanzlei.

---

## Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

---

### Runder Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

17.11.2006 (14.00 – ca. 18.30 Uhr), München  
Hochschule für Philosophie (Kaulbachstr. 33)

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. lädt in Kooperation mit dem Institut für Gesellschaftspolitik an der Hochschule für Philosophie und mit freundlicher Unterstützung von DGB-Bildungswerk Bayern, dem Kirchlichen Entwicklungsdienst der Ev.-Luth. Kirche in Bayern (KED) und dem Landeskomitee der Katholiken in Bayern am 17.11.2006 in die Hochschule für Philosophie in München zum „Runden Tisch Bayern: Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“ ein. Landtagspräsident Alois Glück würdigt den Runden Tisch mit einem schriftlichen Grußwort.

#### Programm:

14.00 Uhr: Beginn, anschl. Begrüßung      Dr. Alexander Fonari, *Eine Welt Netzwerk Bayern e.V.*

Sozial- und Umweltstandards im Kontext  
von Corporate Social Responsibility      Prof. Dr. Dr. Johannes Wallacher,  
*Institut für Gesellschaftspolitik / Hochschule für  
Philosophie München*

Moderation      Martin Reim, *Süddeutsche Zeitung*

14.45 Uhr:

Problemanalyse bezüglich der Umsetzung von Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen

Dr. Jürgen Bergmann, *Nürnberger Bündnis Fair Toys*  
Marion Bruckner, *Freudenberg Haushaltsprodukte Augsburg KG, HSE-Management*  
Andreas Buchner, *UnternehmensGrün e.V. – Bayern*  
Thomas Bugl, *Leiter des Referats wirtschaftspolitische Grundsatzfragen im Bay. Staatsministerium  
für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie*  
Manja Hies, *Zapf Creation AG, Director Quality Management*  
Herbert Höltzschl, *Konzernbeauftragter Umweltschutz der BMW Group*  
Peter Kocks, *Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ)*  
Stefan Löbber, *HypoVereinsbank, Nachhaltigkeitsmanagement*  
Alexander Rager, *DGB-Bildungswerk Bayern*  
Elisabeth Strohscheidt, *Misereor*

ca. 16.00 – 16.30 Uhr: Pause

16.30 – 17.15 Uhr: Rückfragen / Diskussion

17.15 – 18.00 Uhr: Identifizierung von Problemen und Aufgaben  
für Politik, Wirtschaft, Nichtregierungsorganisationen, Wissenschaft  
anschließend Umtrunk (bio-regional-fair)

Online-Anmeldung (bis 10.11.06) unter [www.eineweltnetzwerkbayern.de/csr](http://www.eineweltnetzwerkbayern.de/csr).

Kommunen und Eine Welt  
Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung

16.10.2006, 11.00 – 16.00 Uhr  
Rathaus München

Tagungsbericht:

**Bayerische Kommunen gehen aktiv gegen Kinderarbeit vor**

Nahrungsmittel, Spielzeug, Computer, Natursteine – Produkte, die eine Kommune für die täglich zu bewältigenden Aufgaben benötigt und deshalb über öffentliche Ausschreibungen beschaffen muss. Bei der Auswahl der Produkte geht es zumeist in erster Linie um Preis und Funktionalität, dies nicht zuletzt aufgrund des deutschen Vergaberechts, welches Kommunen nur wenig Spielraum für so genannte vergabefremde Kriterien lässt. Nachhaltigkeitsaspekte spielen oft nur eine untergeordnete Rolle. Aber ist es wirklich verantwortbar, dass aus Kostengründen beim Bau einer neuen Schule Steine zum Einsatz kommen, die von Kindern unter lebensgefährlichen Umständen in ausländischen Steinbrüchen bearbeitet wurden? Stehen Kommunen hier nicht vielmehr in der Pflicht, öffentliche Gelder verantwortungsbewusst auszugeben und ihre gewichtige Marktstellung zu einer Umorientierung von Konsummustern zu nutzen? Wie kann unter den aktuellen Rahmenbedingungen die Integration von Sozial- und Umweltstandards in öffentliche Ausschreibungen gestaltet werden? Diese und ähnliche Fragen standen im Mittelpunkt der bayernweiten Fachtagung "Kommunen und Eine Welt – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung", die am 16. Oktober 2006 im Rathaus der Landeshauptstadt München stattfand.

Münchens 3. Bürgermeister Hep Monatzeder regte in seiner Begrüßungsrede vor mehr als 70 TeilnehmerInnen aus über 30 Kommunen einen bayerischen Schulterschluss an, um eindeutige gesetzliche Regelungen zu erreichen. Er verwies auf das große Engagement Münchens im Bereich des nachhaltigen Beschaffungswesens, welches er auch den KommunalvertreterInnen aufs Wärmste empfahl: „Ich bin davon überzeugt, dass das Beschaffungswesen ein sehr effektives Handlungsfeld in Sachen nachhaltiger Entwicklung ist. Als Großverbraucher haben wir eine mächtige Position: Die öffentliche Hand setzt mit ihren Aufträgen immerhin 12 % des Bruttoinlandsprodukts um, 50% davon entfällt auf die Kommunen. Mit dieser Position können wir Entwicklung steuern, die weit über unsere kommunalen Grenzen hinausgeht, und wichtige Anstöße geben.“ Bei den BürgerInnen stöße dieses städtische Engagement übrigens auf große Sympathie.

Staatsminister Eberhard Sinner, Leiter der bayerischen Staatskanzlei, betonte in seinem Grußwort die Notwendigkeit, auch soziale Elemente in die Globalisierung einzufügen und das Wirtschaftswachstum nicht über alles zu stellen. Gegenüber ausbeuterischer Kinderarbeit könne es nur null Toleranz geben. Der Staatsminister lobte das Engagement der bayerischen Kommunen und Initiativen gegen Kinderarbeit. Um ausbeuterische Kinderarbeit zu vermeiden, sah Minister Sinner drei Wege: der Freistaat beschaffe zwar selbst nur relativ wenige der gefährdeten Produkte, könne aber mit der Änderung des Bayerischen Vergaberechts ein Signal setzen. Die Wirtschaft müsse von ihren Zulieferfirmen die Einhaltung der internationalen Standards einfordern. Und schließlich seien die Konsumenten gefragt – sie trafen die Kaufentscheidung. Minister Sinner dankte den Eine Welt Gruppen, dass sie dieses Thema hochhielten und immer wieder einbrächten und versprach: "Wir können gemeinsam noch mehr tun als in der Vergangenheit".

Thomas Maibaum, Experte für Vergaberecht, unterstrich in seinem Vortrag über rechtliche Rahmenbedingungen für eine nachhaltige Beschaffung vor allem die Möglichkeiten, die die EU-Rahmenrichtlinie 2004 / 18 / EG einräumt. Diese in Deutschland noch immer nicht in nationales Recht umgesetzte Richtlinie verankert ausdrücklich die Möglichkeit zur Berücksichtigung von sozialen und ökologischen Standards im Beschaffungswesen. In den Entwürfen des neuen deutschen Vergaberechtes finde sich dies jedoch nicht wieder, obwohl der nationale Gesetzgeber, so Maibaum, bei der Umsetzung der Richtlinie keinerlei Spielraum habe, sondern dazu verpflichtet sei, Auftraggebern diese Möglichkeit einzuräumen.

Norbert Stamm und Alexander Fonari vom Vorstand des „Eine Welt Netzwerks Bayern e.V.“ ermutigten die öffentliche Hand in Bayern zu weitergehenden Schritten und lobten die im Rahmen der von Earthlink e.V. initiierten Kampagne "Aktiv-gegen-Kinderarbeit" beteiligten bayerischen Kommunen. Zusammen mit kommunalen Vertretern und Nichtregierungsorganisationen soll eine bayerische Engagement-Lawine öffentlicher Institutionen für eine menschenwürdigere Welt ausgelöst und ein entsprechender parteiübergreifender Antrag im Bay. Landtag eingebracht werden. Hierfür baten sie Staatsminister Sinner um Unterstützung und wiesen auch auf die Verantwortung und Möglichkeiten von Bundeswirtschaftsminister Glos hin.

In drei anschließenden Workshops wurden konkrete Hilfen für nachhaltige Beschaffung vorgestellt, Probleme bei der praktischen Umsetzung erörtert und gute Praxisbeispiele präsentiert. Die kommunalen Vertreter hatten die Möglichkeit, Erfahrungen auszutauschen und sich Anregungen zur Gestaltung der nachhaltigen Beschaffung zu holen.

Als Fazit der Veranstaltung kann ein erfreulich großes Engagement von Seiten vieler bayerischer Kommunen festgestellt werden, im Beschaffungswesen das Motto „global denken – lokal handeln“ umzusetzen. Wichtig sind dabei neben politischem Engagement, Öffentlichkeitsarbeit in der Kommune und klaren rechtlichen Rahmenbedingungen einfach anwendbare und leicht überprüfbare Ausschreibungskriterien. Von allen Beteiligten wurde der klare Wunsch geäußert, auf landespolitischer Ebene und über die kommunalen Spitzenverbände Einfluss auf den nationalen Gesetzgeber zu nehmen, um in Zukunft das Engagement dieser vorbildlich handelnden Kommunen rechtlich abzusichern.

Diesen Bericht und Impressionen vom 16.10.2006 siehe: [www.eineweltnetzwerkbayern.de](http://www.eineweltnetzwerkbayern.de).

Die Tagungsdokumentation zum 16.10.2006 wird ab Ende 2006 beim Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. erhältlich sein. Spätestens im Herbst 2007 wird es wieder einen „Runden Tisch Bayern – Nachhaltigkeit in der öffentlichen Beschaffung“ geben.

---

Hintergrund / Diskussion

---

## **Rückzieher bei bulgarischem Kernkraftwerk Durchschlagender Erfolg für die Umweltorganisation Urgewald**

„Banken beugen sich Öko-Gruppe“ so titelte die Süddeutsche Zeitung in ihrer Wochenendausgabe vom 21. Oktober 2006. Sie bezog sich dabei auf Erklärungen von Deutscher Bank und HypoVereinsbank/Unicredit-Gruppe, sich aus der Finanzierung des umstrittenen bulgarischen Kernkraftwerks Belene zurückziehen zu wollen. Dieser Rückzug ist maßgeblich auf die Protestaktionen der Organisation Urgewald und des Anti-Atom-Bündnisses .ausgestrahlt zurückzuführen.

Bereits am 13. Oktober kam es in 22 europäischen Ländern zu Protesten vor den Filialen der HypoVereinsbank/UniCredit Gruppe. Die Woche vom 23. bis zum 27. Oktober riefen die beiden Umweltorganisationen zur Aktionswoche auf. Angesichts dieses massiven Drucks erschien den

Banken das Risiko einer Imageschädigung offensichtlich zu groß und sie entschieden sich zum Rückzug.

Die Aktionswoche wurde trotz der Rückzugserklärung durchgeführt: in 60 deutschen Städten informierten Aktivist\*innen vor den Filialen der HypoVereinsbank sowie der Deutschen Bank über die geplante Finanzierungsbeteiligung und stießen dabei mit ihren kreativen Aktionen wie z.B. dem „Protest Tango“ in Münster auf ein offenes Ohr bei Filialleitern und Kunden.

Der Protest geht aus Sicht der Umweltorganisationen weit über den konkreten Fall des AKW in Belene hinaus. Die Organisationen fordern ein eindeutiges „NEIN“ der Banken zur Projektfinanzierung im Atomsektor. „Die Öffentlichkeit in Deutschland hat Tschernobyl nicht vergessen und lehnt den Neubau von Atomkraftwerken ab. Dies liegt im Fall von Belene besonders nahe, denn das AKW kombiniert eine gefährliche Technik mit einem gefährlichen Standort. Nur 14 km vom geplanten AKW-Standort entfernt sind 1977 bei einem Erdbeben 200 Menschen umgekommen. Der geplante russische Reaktortyp wäre in Deutschland nicht genehmigungsfähig und die Umweltverträglichkeitsprüfung ist unvollständig und manipuliert“, stellte Regine Richter, Energieexpertin von urgewald, in einer Presseerklärung fest. Bereits 1987 begannen die ersten Bauarbeiten. In Folge von massiven Protesten vor allem auf Grund von Sicherheitsbedenken, wurde der Bau jedoch 1990 eingestellt. Seit 2003 verfolgt die bulgarische Regierung Pläne, das Projekt erneut aufzunehmen.

Trotz der Probleme hatten Deutsche Bank und HypoVereinsbank eine Finanzierung für Belene in Aussicht gestellt. Noch im Juli 2006 erklärte das Vorstandsmitglied der Deutschen Bank Tiessen von Heidebreck gegenüber der bulgarischen Presse: „Wir sind bereit in dieses Projekt einzusteigen.“ Auch die HypoVereinsbank und ihre Muttergesellschaft UniCredit äusserten wiederholt Interesse an der Finanzierung von Belene.

Gegen die Absicht der Banken ein solches Projekt finanzieren zu wollen, mobilisierten urgewald und .ausgestrahl. Ihr Aufruf zum Protest vor den Bankenfiliolen wurde von einem breiten Bündnis aus Einzelpersonen, Umweltgruppen und vielen lokalen Anti-Atom Initiativen aufgegriffen.

Weitere Hintergrundinformationen unter: [www.urgewald.de](http://www.urgewald.de).

### **Staudämme in Burma: Petition an die thailändische Regierung**

In Burma sollen vier Großstaudämme gebaut werden. Im Baugebiet siedeln zahlreiche ethnische Minderheiten, deren Interessen bislang ignoriert wurden. Die Projekte werden hauptsächlich von Thailand finanziert.

Burmesische Organisationen fordern die thailändische Regierung auf, die Staudammpläne zu überprüfen und bitten um Unterstützung ihrer Petition. Die Petition lässt sich online unterzeichnen: [www.petitiononline.com/9202006/](http://www.petitiononline.com/9202006/)

Mehr Infos in der terre des hommes-Zeitung: <http://www.tdh.de/goto/?id=153>

### **Neues Blumensiegel verwirrt VerbraucherInnen**

Das neue Gütesiegel für Blumen „Fair Flowers Fair Plants“ (FFP) hat im Oktober sein Marketing in Deutschland ohne eindeutige Zertifizierungskriterien gestartet. Blumen mit FFP-Logo müssen laut FFP nach dem Umweltstandard MPS A/B sowie dem Internationalen Verhaltenskodex für sozial- und umweltverträgliche Produktion von Blumen (ICC) oder „ähnlichen“ Sozialstandards zertifiziert

sein. Was „ähnlich“ ist, lässt FFP allerdings offen. Dieser unklare Bezug zu Standards führt zu ihrer Verwässerung. Aktuell wird der ICC nur vom Flower Label Program (FLP) umgesetzt.

Tatsächlich akzeptiert FFP neben dem ICC/FLP auch den Sozialstandard von MPS, der aber deutlich niedrigere Anforderungen an die Produzenten als ICC/FLP darstellt. Im Vergleich zum ICC fehlen auch u.a. strenge Standards zum Gesundheitsschutz der ArbeiterInnen. So kennt MPS zum Beispiel kein Verbot der giftigsten Pestizide und des Ozon-Killers Methylbromid. FFP ist bisher intransparent für die VerbraucherInnen und ermutigt Firmen zu verwirrender Werbung - kritisiert die Organisation FIAN Deutschland e.V.

Ein Vergleich von ICC und MPS SQ kann von der FIAN-Homepage heruntergeladen werden [www.fian.de](http://www.fian.de) – Themen/Blumen/Dokumente.

### **Fusion soll „Global Compact“ stärken**

Um der Idee des *responsible corporate citizenship* neuen Schwung zu verleihen, haben sich die beiden weltweit wichtigsten in diesem Bereich tätigen Initiativen „Global Compact“ und „Global Reporting Initiative (GRI)“ auf einer Konferenz Anfang Oktober in Amsterdam zu einer engeren Zusammenarbeit entschieden. Beide Initiativen vertreten Prinzipien und Leitlinien zur Umsetzung gesellschaftlicher Verantwortung in Unternehmen. Die „Global Reporting Initiative“ konzentriert sich dabei auf Leitlinien zur Nachhaltigkeitsberichterstattung von Unternehmen. Der Zusammenschluss soll vor allem dazu dienen, verwirrende Dopplungen und Widersprüche der verschiedenen Leitlinien zu vermeiden und mehr Einheitlichkeit zu gewährleisten. Zukünftig wird auch der „Global Compact“ von seinen Mitgliedern Nachhaltigkeitsberichte verlangen, die sich an den Leitlinien der GRI orientieren können.

Der Global Compact zeigte direkt seine Entschlossenheit und strich 335 Firmen, die ihre Fortschrittsberichte schuldig geblieben waren, von der Liste der aktiven Teilnehmer. Diese Firmen dürfen fortan das Global Compact Logo nicht mehr verwenden. Durch die Sanktionierungen sollen den Unternehmen Anreize gegeben werden, sich um die Einhaltung der Leitlinien sowie die dazugehörige Dokumentation zu bemühen.

Als ein erstes Zeichen der gemeinsamen Bemühungen wurde bei der Konferenz in Amsterdam eine Broschüre mit dem Titel „Making the Connection - Using the GRI's G3 Reporting Guidelines for the UN Global Compact's Communication on Progress“ vorgestellt.

Weitere Infos zu den beiden Initiativen:

<http://www.unglobalcompact.org/>

<http://www.globalreporting.org/Home>

### **Indien – Schluss mit Kinderarbeit?**

Ein neues Gesetz gegen Kinderarbeit trat Anfang Oktober in Indien in Kraft. Das Gesetz verbietet die Arbeit von unter 14jährigen in privaten Haushalten, in der Gastronomie sowie im Hotelgewerbe. Verstöße sollen mit Geldstrafen von bis zu 20.000 Rupien (etwa 340,- €) bzw. mit Freiheitsstrafen von bis zu zwei Jahren geahndet werden.

Dies bedeutet eine deutliche Ausweitung des bisherigen Verbotes von Kinderarbeit, denn nun werden auch die oben genannten Tätigkeiten als „gefährlich“ eingestuft. Verschiedene Kinderschutzorganisationen meldeten jedoch bereits Kritik an der neuen Regelung an. Sie bemängelten vor allem, dass das erlassene Gesetz nicht weit genug greife. Statt eines generellen Verbotes von

Kinderarbeit würden nur weitere Beschränkungen der erlaubten Tätigkeiten definiert. Vor allem die Arbeit von unter 14jährigen in der Landwirtschaft bliebe unberührt. In diesem Bereich sind jedoch nach Schätzungen der Welthungerhilfe 70% der Kinder tätig. Weiterhin gibt es Zweifel an der Durchsetzung des Gesetzes, da Kontrollmechanismen weitestgehend fehlen. Zwar ist Kinderarbeit in „gefährlichen Branchen“ bereits seit 1986 verboten, doch wird auch dieses Gesetz nur sehr unzureichend kontrolliert. Letztendlich würden zudem nur die Symptome der Kinderarbeit bekämpft, gefordert wurde daher eine intensive Befassung mit den Ursachen.

In Indien gelten ein Drittel der Erwachsenen als Analphabeten. Mehr als 30 % der Bevölkerung lebt unter der Armutsgrenze. Nach Schätzungen der Weltbank arbeiten derzeit 60 Millionen der 252 Millionen unter 14-jährigen InderInnen, andere Schätzungen gehen von mehr als 100 Millionen aus. Die Erweiterung des Gesetzes schützt nur etwa 20 % der Kinder.

Quellen: [www.welthungerhilfe.de](http://www.welthungerhilfe.de), [www.welt.de](http://www.welt.de) (11.10.2006), [www.tagesschau.de](http://www.tagesschau.de) (10.10.2006)

### **54 deutsche Kommunen haben bereits Stadtratsbeschluss gegen ausbeuterische Kinderarbeit gefasst**

Wenigstens 54 Städte, Gemeinden und Landkreise in ganz Deutschland wollen keine Produkte aus ausbeuterischer Kinderarbeit einkaufen.

Weitere Informationen siehe unter [www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de](http://www.aktiv-gegen-kinderarbeit.de).

---

#### Veranstaltungshinweise

---

### **Fachworkshop: Millenniumsziele, UN-Defizite und Alternativen**

Den Anteil der Menschen halbieren, die in „extremer Armut“ leben, ist eines der Millenniumsziele. Ein Indikator dafür ist ein Einkommen von einem US-Dollar pro Tag. Doch welche Schwächen haben die Indikatoren der Weltbank?

Diese Fragen sollen bei dem Workshop mit internationalen Fachleuten diskutiert werden. Der Workshop richtet sich an Mitarbeiter von Organisationen sowie an Mitglieder entwicklungspolitischer Aktionsgruppen. Termin: Samstag, 2. Dezember 2006, Bonn.

Weitere Infos unter: <http://globalpolicy.igc.org/eu/de/aktuell.htm>

### **FAIR Handelsmesse Bayern**

Am Samstag, 7. Juli 2007, findet im Augsburger Rathaus die erste bayernweite Fair Handelsmesse statt. Es gibt Informationen u.a. zum Fairen Handel, zu neuen Produkten, kirchlichen Aktivitäten im Bereich Fairer Handel, bio-regional-fair und natürlich viele Begegnungen.

Weitere Infos demnächst unter [www.fairerhandel-bayern.de](http://www.fairerhandel-bayern.de).

Siehe auch [www.fairhandeln-bayern.de](http://www.fairhandeln-bayern.de).

Sekretariat des Runden Tisches Verhaltenskodizes (Hrsg.), Ratgeber Verhaltenskodizes zu Sozialstandards (erhältlich bei der GTZ, Dag-Hammarskjöld-Weg 1-5, 65760 Eschborn).

Heinrich Eduard Jacob, Kaffee. Die Biografie eines weltwirtschaftlichen Gutes. Neuauflage des Standardwerkes von 1934, München (Oekom-Verlag) 2006, 360 Seiten, 24,90€.

Johannes Wallacher / Michael Reder / Tobias Karcher (Hrsg.), Unternehmensethik im Spannungsfeld der Kulturen und Religionen. Mit Beiträgen von Josef Wieland, Michael Reder, Johannes Wallacher, Elisabeth Strohscheidt u.a. = Globale Solidarität – Schritte zu einer neuen Weltkultur, hrsg. von Norbert Brieskorn u.a., Band 14, Stuttgart 2006. 188 Seiten, 24.-€. ISBN-10: 3-17-019532-8.

Social Watch Deutschland, Kein Geld für die Armen: Der neue Social Watch Report 2006  
„Kein Geld für die Armen?“ lautet der Titel des Social Watch Deutschland Report 2006. Der Bericht beschäftigt sich mit den Perspektiven der globalen Entwicklungsfinanzierung und der Neugestaltung der internationalen Finanzarchitektur. Ebenso wird im Report untersucht, wie sich Steuer- und Ausgabenpolitik der Bundesregierung auf die soziale Entwicklung in Deutschland auswirken.

Social Watch Deutschland / Forum Weltsozialgipfel ist ein Forum von 27 entwicklungs- und sozialpolitischen Organisationen, kirchlichen Institutionen, politischen Stiftungen und Gewerkschaften. Es wurde im Vorfeld des Weltgipfels für soziale Entwicklung (Kopenhagen 1995) gegründet. Sein Ziel ist die kritische Beobachtung der Umsetzung von sozial- und entwicklungspolitischen Beschlüssen großer Weltkonferenzen.

Mehr Infos und der Report als Download: <http://tdh.de/content/materialien/neu/swr-2006.htm>

**Der nächste Rundbrief  
„Globalisierung von Sozial- und Umweltstandards“  
erscheint im Dezember 2006.  
Beiträge an die Redaktion bitte an [info@eineweltnetzwerkbayern.de](mailto:info@eineweltnetzwerkbayern.de).**

Das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. ([www.eineweltnetzwerkbayern.de](http://www.eineweltnetzwerkbayern.de)) ist das bayerische Landesnetzwerk entwicklungspolitischer Gruppen / Einrichtungen, Weltläden und lokaler Eine-Welt-Foren. Es ist u.a. Träger der bayerischen Landeskampagne zum Fairen Handel „Fair Handeln Bayern“ ([www.fairhandeln-bayern.de](http://www.fairhandeln-bayern.de)), des bayerischen Partnerschaftsportals Bayern-EineWelt ([www.bayern-einewelt.de](http://www.bayern-einewelt.de)) und Herausgeber zahlreicher Publikationen (z.B. Handbuch „Entwicklungspolitik in Bayern“, 2004 oder „Sozial- und Umweltstandards bei Unternehmen“, München 2005). Auf Bundesebene ist das Eine Welt Netzwerk Bayern e.V. Mitglied in der Arbeitsgemeinschaft der Eine Welt Landesnetzwerke in Deutschland e.V. (Agl), [www.agl-einewelt.de](http://www.agl-einewelt.de).